

1 Anträge

2 Vorschlag eines Positionspapiers:

3 Die Waffen Nieder!

4 Gegen Krieg, Hochrüstung und Rüstungsexporte!

5 In weiten Teilen der Welt wüten - teilweise schon seit Jahrzehnten – Kriege und Bürgerkriege. Diese
6 Kriege erreichen zurzeit jedoch nur wenig mediale und politische Aufmerksamkeit. Tod, Flucht, Ver-
7 treibung, physische und psychische Verstümmelungen sowie die Zerstörung der Lebensgrundlagen
8 der ansässigen Bevölkerung sind ihre fürchterlichen Folgen. Im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerk-
9 samkeit steht jedoch der Krieg in der Ukraine. Politisch ist dies offensichtlich so gewollt.

10 Dabei ist jeder Krieg ein Angriff auf die Menschheit und gegen die Menschlichkeit! Gründe dafür sind
11 in der Regel ökonomische und/oder geostrategische Interessen. Leidtragend ist immer die Bevölke-
12 rung, die die Kosten tragen muss und oft mit ihrem Leben bezahlt. Krieg darf niemals Diplomatie er-
13 setzen, nie die „Ultima Ratio“ sein und nie das Völkerrecht verletzen!

14 Keine Zeitenwende!

15 Kriege ohne völkerrechtliche Legitimation - zum Beispiel durch ein UN-Mandat – sind nicht erst seit
16 dem 24. Februar 2022 zu beklagen. Die durch Bundeskanzler Olaf Scholz kurz danach ausgerufene
17 „Zeitenwende“ sollte dies suggerieren. Mit dem Angriff auf die Bundesrepublik Jugoslawien 1999, dem
18 US-geführten Feldzug gegen den Irak ab März 2003, dem Angriff auf Afghanistan 2001 und dem Miss-
19 brauch des Völkerrechts im Krieg gegen Libyen in 2011 – um einige Beispiele zu nennen – ist das Völ-
20 kerrecht längst ad absurdum geführt und nachhaltig beschädigt worden. Die Folgen dieser Angriffs-
21 kriege nach teilweise 20-jähriger Besatzung sind immer noch verheerend.

22 Dieser Stellvertreterkrieg birgt die Gefahr eines atomar geführten dritten Weltkrieges

23 Um die erklärten Autonomieregionen Donbass und Lugansk führt die ukrainische Armee seit 2014 Krieg, der –
24 von der UNO bestätigt - allein über 14 000 Todesopfer forderte.

25 Die Invasion des russischen Militärs auf das Gebiet der Ukraine weitete diesen Krieg zu einem inter-
26 nationalen Krieg aus. Die Ukraine wird von den NATO-Staaten verstanden als ihr Einflussgebiet. Da-
27 mit wird der Kriegsschauplatz Ukraine zu einem Angriff auf die „westliche Wertegemeinschaft“ ver-
28 standen.

29 Dass dieser Krieg schon längst zu einem Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und der Russischen
30 Föderation geworden ist, hat Lloyd Austin (US-Verteidigungsminister) schon im April 2022 in einem
31 Beitrag für das *Handelsblatt* deutlich formuliert. Demnach soll Russland ökonomisch und militärisch
32 nachhaltig geschwächt werden. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hatte schon vorher
33 die Parole ausgegeben, Russland müsse ruiniert werden.

34 Die Lieferung von Angriffswaffen und Munition aus dem Arsenal der NATO, die Ausbildung ukraini-
35 scher Soldaten an westlichen Waffensystemen bis hin zur angekündigten Lieferung von Kampfflug-
36 zeugen aus NATO-Beständen sowie die logistisch-planerische Unterstützung der ukrainischen Armee
37 haben mit dem Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen (UN)
38 sowie dem daraus folgenden Recht auf Nothilfe nichts mehr gemein!

39 Entgegen allen regierungsamtlichen Bekundungen sind die Bundesrepublik, ihre NATO-Verbündeten
40 sowie die europäische Union längst Kriegspartei und nicht weit davon entfernt, aktive, also kriegsfüh-
41 rende Partei zu sein. Diese Einschätzung wird gestützt durch ein Gutachten des Wissenschaftlichen
42 Dienstes des Bundestages vom 16. März 2022:

43 „Erst wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei bzw. Aus-
44 bildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegfüh-

45 rung verlassen“ (Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten
46 zwischen Neutralität und Konfliktnahme – AZ: WD 2 – 3000 – 019/22)

47 Mit weiteren Waffenlieferungen, weiterer Ausbildung von ukrainischem Militär sowie strategischer und
48 logistischer Unterstützung bewegen sich NATO und europäische Union in Richtung einer direkten mili-
49 tärischen Konfrontation mit Russland. Diese Eskalation birgt die Gefahr auch des Einsatzes atomarer
50 Waffen und die Gefahr eines dritten Weltkrieges. Opfer dieses Krieges um Einflusssphären sind die
51 ukrainische Bevölkerung, ihre Militärangehörigen sowie tausende russische Soldaten.

52 **Für diesen Krieg gibt es keine Rechtfertigung!**

53 Die Landesvereinigung VVN-BdA NRW verurteilt die russische Invasion auf das Schärfste und fordert
54 von der russischen Regierung, der Ukraine und den mittlerweile ins Kriegsgeschehen tief verstrickten
55 EU- und NATO-Staaten eine sofortige bedingungslose Einstellung der Kampfhandlungen als Vorbe-
56 dingung späterer Friedensverhandlungen.

57 Eine Waffenruhe darf nicht zur Vorbereitung weiterer Kampfhandlungen genutzt werden. Waffenliefe-
58 rungen an die Kriegsparteien müssen eingestellt werden.

59 Im Zuge diplomatischer Anstrengungen muss es das Ziel sein, die fortwährenden weitreichenden Wirt-
60 schaftssanktionen gegen die Russische Föderation sukzessive zu beenden. Dieser Wirtschaftskrieg
61 führt zu einer Destabilisierung der Weltwirtschaft, deren Auswirkungen insbesondere die Bevölkerung
62 in den Ländern des globalen Südens treffen.

63 Beim Einsatz für eine friedliche Lösung des Krieges zwischen Russischer Föderation und der Ukraine
64 sehen wir die Bundesrepublik Deutschland in einer besonderen Verantwortung. Diese ergibt sich dar-
65 aus, dass die faschistische Wehrmacht und ihre Verbündeten zwischen 1941 und 1945 27 Millionen
66 Menschen auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR getötet und sowohl in Russland, Weißrussland und
67 der Ukraine extreme Zerstörung und Verwüstung hinterlassen haben.

68 **Es ist die Stunde der Diplomatie – Schluss mit der militärischen Logik!**

69 Um aus dieser Eskalationsspirale herauszukommen, sind jetzt vor allem diplomatische Anstrengungen
70 erforderlich. Schon im Frühjahr 2022 - kurze Zeit nach dem 24. Februar 2023 - ist es zu Verhandlun-
71 gen zwischen der Ukraine und Russland gekommen, die aufgrund türkischer und israelischer Vermitt-
72 lung zustande gekommen waren. Verhandlungsinitiativen wurden zudem von der damaligen italieni-
73 schen Regierung und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen betrieben. Derzeit liegen Vermitt-
74 lungsangebote von Ländern des globalen Südens wie Brasilien, Indien und auch von China sowie
75 dem Vatikan vor.

76 Diese Vorschläge wurden von NATO, EU sowie der Bundesregierung in keiner Weise unterstützt. Sie
77 erfordern jedoch unbedingt eine wohlwollende Prüfung und Unterstützung! Nur so können das mas-
78 senhafte Töten, Flucht, Vertreibung und Zerstörung in der Ukraine beendet werden!

79

80 Von der Bundesregierung und vom Bundestag fordern wir:

- 81 ▼ Sofortige diplomatische Initiativen zu einem Waffenstillstand als Vorbedingung für weitere
82 Verhandlungen unter dem Dach der UNO oder der OSZE.
- 83 ▼ Die Einstellung von Waffenlieferungen als Voraussetzung für eine Waffenruhe.
- 84 ▼ Die Bereitschaft zu einem echten gesellschaftlichen Diskurs ohne Diffamierungen (Putin-
85 Versteher, Gesinnungspazifisten, 5. Kolonne...) und ohne einseitige militaristische Logik.
- 86 ▼ Die Verwendung des 100 Mrd. € „Sondervermögens“ des Verteidigungsministeriums für
87 Klimaschutz, Gesundheit, Soziales und Bildung anstelle weiterer Hochrüstung.
- 88 ▼ Senkung des Militäretats statt Aufrüstung.

89 Darüber hinaus setzen wir uns ein für:

- 90 ▼ Rüstungskontrolle und die Wiedereinsetzung der von den USA und Russland einseitig
91 gekündigten oder ausgesetzten atomaren Abrüstungsvereinbarungen.
- 92 ▼ Rüstungskonversion statt Hoch- und Wettrüsten.
- 93 ▼ Einen Beitritt aller Staaten zum UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen.
- 94 ▼ Schluss mit allen Rüstungsexporten.
- 95 ▼ Schluss mit der Kriegsrhetorik und -Propaganda in den Medien und der Politik.
- 96 ▼ Aufnahme und Unterstützung aller Deserteure aus allen Kriegsgebieten.
- 97 ▼ Unterstützung ziviler Initiativen z. B. der Friedensbewegung.
- 98 ▼ keine weitere Instrumentalisierung von rechten Kräften zur Diffamierung von Friedensinitiativen.
- 99 ▼ Frieden und Antifaschismus gehören zusammen!

100 Deshalb distanzieren wir uns selbstverständlich von:

- 101 ▼ Allen Versuchen rechtspopulistischer, rechtsextremer und neofaschistischer Organisationen,
102 Parteien oder Personen, die Friedensbewegung und friedenspolitische Themen für ihre Zwecke
103 zu missbrauchen. Diese Kräfte sind keine Bündnispartner für die VVN-BdA und die
104 Friedensbewegung insgesamt.